

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 13. Mai 1949

Über 1 Milliarde DM Überschuss
Zusage der DWK an westdeutsche Betriebsarbeiter

Nachrichten

Ja, jeden Deutschen geht es an ! (von Bernhard Koenen)
"Es geht um die Sache ganz Deutschlands"
Prof. Noack antwortet dem Konzil der Martin-Luther-Univer-
sität Halle
Volksfeiertag des Friedens in Berlin
"Seid einig, seid wachsam..."
Die Bauern wollen in Frieden säen
Mit Lust und Liebe bei der Planerfüllung
Eine zweite Lok für die Maxhütte
7,1 t Stahl pro Stunde
Abraumleistung bedeutend erhöht
IG. Bergbau verstärkt Reviersekretariate
Neue Produktionsstätte in Heinrichshall
Besser und geschmackvoller
Frühjahrsbestellung in Stralsund und Ludwigslust abgeschlossen
Der erste Kreis Brandenburgs
Forstarbeiter pflanzen freiwillig 92 000 Kiefern
Neues Verhältnis vom Staat und Wissenschaft
5. Rektorenkonferenz der Ostzone
Eindrücke und Grüße aus Rumänien
Volkskontrolle geht alle an!

Kommentare

Die Ostzone hat keine Schulden
Wer hindert die freie Fahrt?
Der Westen ruft nach der Einheit
Nicht "Konkurrenz", sondern Zusammenarbeit
Mecklenburg im Wohnungsbauprogramm 1949

Artikeldienst

Businessmänner als Gewerkschaftsführer (Ludwig Marmulla)

Stimmen des Auslandes

Trotz Frühjahrs-Saison - keine Verbesserung der Wirtschaftslage
in den USA
Trumans Wahlversprechungen erweisen sich als leere Worte
Die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (PZPR) im Aufstieg
Ein armenisches Sowjetdorf

Zur Information

Amerikanische Betrachtungen zur politischen Lage in Japan

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949

Über 1 Milliarde DM Überschuss

DWK-Zahlen widerlegen Gefasel vom Zusammenbruch

B e r l i n , 13.5. (E.B.)

Die feste Grundlage der Ostzonenwirtschaft wird durch den von der Deutschen Wirtschaftskommission im ~~isum~~ am 12. Mai der Öffentlichkeit mitgeteilten Finanzplan ein weiteres Mal nachhaltig unterstrichen. Heinrich Rau, Vorsitzender der DWK, wies darauf hin, dass bereits der Haushaltsplan des Jahres 1948 mit Einnahmen von 13 254 Millionen DM und Ausgaben von 12 890 Millionen DM einen Überschuss von 364 Millionen DM erbrachte und dass der sich nur auf die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1949 erstreckende Haushaltsplan aus Einnahmen von 11 985 Millionen DM und Ausgaben von 10 810 Millionen DM einen weiteren Überschuss von 1,175 Milliarden DM bringen wird.

"Die Ostzone zeigt - erklärte dazu der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Prof. Dr. Kastner -, wie sie ihr Haus in Ordnung gebracht hat und wie sie weiter zu arbeiten gedenkt. Er erinnerte daran, dass der 12. Mai 1948 ebenfalls ein historisches Merkmal geworden ist. An diesem Tage fasste die Deutsche Wirtschaftskommission den einstimmigen Beschluss, im Interesse des Wiederaufbaues und der Entwicklung der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone einen Zweijahrplan für die Jahre 1949/50 aufzustellen und durchzuführen.

Die Währungsreform vom 21. Juli 1948 und die Steuerreform zu Anfang dieses Jahres seien, so erklärte der Redner weiter, die markantesten Punkte in der Entwicklung der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone. Beide Massnahmen hätten zu einer finanzwirtschaftlichen und darüber hinaus zu einer allgemeinwirtschaftlichen Festigung der Lage in der Ostzone beigetragen. Das im Umlauf befindliche Geld sei auf 4,112 Milliarden DM reduziert worden.

Die in Westdeutschland durchgeführte Geldreform sei eine ausgesprochen politische Massnahme gewesen, sagte Dr. Kastner. Von der bevorstehenden Aussenministerkonferenz in Paris müsse von deutscher Seite erwartet und gefordert werden, dass in Zukunft alle Währungsfragen ausschliesslich von finanzpolitischen Gesichtspunkten beurteilt werden.

Die Steuerreform vom 1. Dezember 1948, die eine Senkung des Steuerertrages zwischen 500 Millionen und 1 Milliarde DM zur Folge haben musste, sei, so stellte Professor Dr. Kastner fest, in der deutschen und in der Finanzgeschichte der Welt ohne Vorbild. Sie erfolgte zu einer Zeit, in der im Westen zugeständenermassen nur ein Bruchteil der öffentlichen Ausgaben auf normalem Wege gedeckt werden konnte.

Pressedienst
(FD)

13. Mai 1949
Über 1 Milliarde DM Überschuss - 2 -

"Es ist nicht ganz verständlich, warum diese einzig dastehende Steuerreform in der Öffentlichkeit, die es vor allem angeht, von den Parteien, der Presse und der Wissenschaft nicht die Würdigung gefunden hat, die man eigentlich hätte erwarten dürfen." Prof. Dr. Kastner verwies darauf, dass in dem zusammengefassten Haushaltsplan für die sowjetische Besatzungszone für 1949 die Ausgaben für Volksbildung und Sozialfürsorge und Gesundheitswesen ziffernmässig die wesentlichsten Posten darstellen. Hierfür sind insgesamt 907,8 bzw. 849,9 Millionen DM vorgesehen gegenüber Einnahmen von nur 103,0 bzw. 256,4 Millionen DM 1948. Die Ausgaben für die Volksbildung erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 610 Mill. DM, die Ausgaben für das Gesundheitswesen von 231 auf 292 Mill. DM. Für die Sozialfürsorge werden nach dem Haushaltsplan 558 Mill. Mark und dazu von den Sozialversicherungsanstalten mehr als 2 Milliarden DM ausgegeben!

Nach einem Vergleich mit der wachsenden Verschuldung der Westzonen stellte Prof. Dr. Kastner abschliessend fest:

"Die Ostzone hat keine Schulden! Das ist der Tatbestand, der, glaube ich, für die künftigen Auseinandersetzungen von sehr wesentlicher Bedeutung ist. Ich wage sogar zu sagen, dass auch nach dem Ergebnis der von mir vorgetragenen Finanzwirtschaft der Ostzone wir uns darauf einzurichten haben werden, einmal auf wirtschaftlichem Gebiet das finanzielle Rückgrat eines einigen Deutschlands zu werden."

Nach kurzer Diskussion über den Haushaltsplan und dessen einstimmiger Annahme erläuterte Fritz Seibmann, stellvertretender Vorsitzender der DWK, eingehend anhand zahlreicher Beispiele die Zersplitterung in der Energiewirtschaft der Ostzone und betonte, dass dem Wesen der "Energie-Fürstentümer", wie es sich in den einzelnen Ländern herausgebildet habe, ein Ende gesetzt werden müsse. Man müsse zu einer einheitlichen Planung zur Vermeidung von Fehlinvestitionen, zur Ausschöpfung aller Reserven der Kraftwerke nach gesamtwirtschaftlichen und nicht nach betriebsegoistischen Gesichtspunkten, zur Vereinheitlichung der Tarife für die einzelnen Verbrauchergruppen, zu Ersparnissen an Personal- und anderen Kosten und besserem Einsatz der technischen Intelligenz und Spezialkräfte und schliesslich zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Materiallager durch Austausch zwischen den einzelnen Industriebetrieben kommen. Nur durch eine solche Reorganisation könne das der Energiewirtschaft im Zweijahrplan gesetzte Ziel erreicht werden. Die entsprechende Vorlage wird nach nochmaliger Überprüfung in den Ausschüssen der nächsten Vollsession zur Annahme vorgelegt werden.

Eine von Edwin Hoernle eingebrachte Resolution, in der gegen den Polizeiüberfall auf die in Berlin-Dahlem gelegenen Gebäude und Einrichtungen der Biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft aufgrund einer von der amerikanischen Besatzungsmacht ergangenen Verfügung protestiert und die Deutsche Wirtschaftskommission aufgefordert wird, die sofortige Zurückziehung aller Gewaltmassnahmen zu erwirken, fand einstimmige Annahme.

Pressedienst
(PD)

- 3 -

13. Mai 1949

Zusage der DWK an westdeutsche Betriebsarbeiter

Delegation der Akkumulatorenwerke Hannover
von Heinrich Rau empfangen

H a n n o v e r , 13.5. (E.B.)

Erfüllt von der Sorge um Verdienstmöglichkeiten für 1 000 Betriebsangehörige der Akkumulatorenwerke Hannover ergriff der Betriebsrat die Initiative und statuierte der Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin einen Besuch ab. Dabei wurden die Möglichkeit gegenseitiger Handelsbeziehungen erörtert. Der Vorsitzende der DWK, Heinrich Rau, stellte sich sofort mit seinen Sachbearbeitern der dreiköpfigen Delegation, die aus den Betriebsräten M a i w e i s s , T h e i l e und K o c h bestand, zur Verfügung. Die Betriebsräte berichteten von den Absatzschwierigkeiten und den sich hieraus ergebenden schwerwiegenden Folgen für ihre Belegschaft.

Rau erklärte, dass er volles Verständnis für die Sorgen der westdeutschen Bevölkerung habe und dass er und seine Mitarbeiter mit allen Kräften Handelsbeziehungen zwischen West- und Ostdeutschland zu fördern bereit seien. Die DWK werde auf jeden Fall den Lieferungen aus Westdeutschland den Vorzug gegenüber ausländischen Fabrikaten geben, auch wenn sich hieraus kleinere Nachteile ergeben sollten.

"Wenn wir gemeinsam arbeiten", so erklärte Rau, "wenn wir uns gegenseitig fehlende Rohstoffe und Teilfabrikate zur Verfügung stellen, dann werden wir in der Lage sein, die deutsche Produktion wieder konkurrenzfähig zu machen." Heinrich Rau gab dann der Delegation die bindende Zusage, dass die DWK sofort bereit sei, einen grösseren Posten von Starter-Batterien in Auftrag zu geben, dessen Ausführung für die gegenwärtige Lage der Akkumulatorenwerke Hannover nicht unerheblich wäre. Andererseits sei die DWK in der Lage und gewillt, die bei den Akkumulatorenwerken in Hannover dringend benötigten Teilfabrikate, wie Glasgefässe, Kunst-Braunstein, Wellpappe u.a.m. durch Betriebe in der Ostzone zu liefern. Rau betonte, dass es ihm besonders sympathisch sei, mit Betriebsräten der westdeutschen Industrie zu verhandeln.

Zwei Tage nach der Aussprache mit dem Vorsitzenden der DWK fand eine weitere Besprechung zwischen dem Leiter der Materialversorgung der DWK, K e r b e r , der hannoverschen Delegation und dem Direktor der Berliner Niederlassung der Akkumulatorenwerke statt. Hierbei wurden nicht nur konkrete Fragen der Lieferung und Berechnung behandelt, sondern auch mitgeteilt, dass die DWK bereit sei, die Vermittlung grösserer Exportaufträge für die ost- und süd- osteuropäischen Staaten zu übernehmen.

Die westdeutsche Delegation besuchte auch die Akkumulatorenfabrik Oberschneweide (AFO), wo sie sich eingehend über die soziale Lage ihrer Kollegen, über die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse unterrichten liess.

Pressedienst
(FD)

13. Mai 1949

Nachrichten
=====

Ja, jeden Deutschen geht es an!
(von Bernhard Koenen)

In breiter, nationaler Front müssen wir uns gegen die Versuche der Bildung eines Weststaates wehren, ehe es zu spät ist. Eine Art Interimsregierung haben die Bonner Spaltungspolitiker schon geschaffen. Sie sind mit äußerster Geschäftigkeit am Werke. Am 23. Mai treten die Außenminister der vier Großmächte in Paris zusammen, um die gesamtdeutsche Frage zu beraten. Aber die Spalter wollen vorher vollendete Tatsachen geschaffen haben. Das darf ihnen nicht gelingen!

Jeden Deutschen geht es an,
darum zu kämpfen, daß Deutschlands Stimme auf der Außenministerkonferenz in Paris gehört wird.

Jeden Deutschen geht es an,
daß kein Separatstaat und keine Separatregierung der Westzonen als Barrikaden aufgerichtet werden, um in Paris die Zustimmung zu der vom deutschen Volksrat immer wieder geforderten gesamtdeutschen Regierung zu erschweren.

Jeden Deutschen geht es an,
daß Deutschland nicht länger Objekt der Politik der Weltkriegshetzer der Wallstreet und der Londoner City bleibt.

Jeden Deutschen geht es an,
daß wir vier Jahre nach Beendigung des Krieges endlich in Frieden als deutsches Volk selbst über unser Schicksal entscheiden können.

Jeden Deutschen geht es an,
daß wir uns fester noch als bisher einreihen in die mächtige weltriebensbewegung, mit deren entscheidender Hilfe wir die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen und die restsetzung der Außenministerkonferenz zur deutschen Frage erzielt haben.

Jetzt erst recht kommt es darauf an,
- entsprechend dem Aufruf des deutschen Volksrates und wie es Otto Grotewohl vor dem Präsidium des Volksrates erklärt hat - daß kein Deutscher sich dazu hergibt, noch irgendwelchen reaktionären Kräften und Politikern der westmächte Hilfe zu leisten zur Vertiefung unserer nationalen Schmach, oder er handelt als Feind der Nation.

Jetzt kommt es darauf an,
daß auch wir uns an der Seite der friedliebenden Völker Frankreichs, Englands und Amerikas mit der Sowjetunion als friedliebende Deutsche bewähren, um unsere nationale Freiheit und Selbstbestimmung wiederzugewinnen.

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Nachrichten - 2 -

Jetzt kommt es darauf an,

alle Deutschen, die den Frieden und unsere nationale Freiheit wollen, gleichgültig, welcher Gesellschaftsklasse oder Partei sie angehören, zusammenzuschließen zu einer einzigen festen Phalanx.

Die einzige, breiteste nationale Front

über Nord und Süd und Ost und West der deutschen Heimat ist der Fels, an dem alle Lügen und Verleumdungswellen der spalterischen Feinde der Nation zerschellen. Der dritte Deutsche Volkskongreß ist der nächste entscheidende Schritt auf diesem Wege.

Darum auch dein "Ja" für Deutschland am 15. und 16. Mai!

"Es geht um die Sache ganz Deutschlands"

Professor Noack antwortet dem Konzil der
Martin-Luther-Universität, Halle

H a l l e, 13.5. (E.B.)

Im Namen der leitenden Gruppe des Nauheimer Kreises - zu der u.a. August Hausleiter, Arthur von Machul, Rudolf Binapfl und Reinhard Strecker gehören - hat Ulrich Noack mit einer herzlich gehaltenen Zusage auf die Einladung des Konzils der Martin-Luther-Universität, zu einem der Einheit Deutschlands dienenden Gedankenaustausch nach Halle zu kommen, geantwortet.

Das Konzil der Martin-Luther-Universität machte den Vorschlag zu einem, dem Kampfe für die Einheit Deutschlands nützlichen Gedankenaustausch zwischen den deutschen Universitäten. In seiner Antwort an Prof.r. A g r i c o l a, Halle, begrüßt Prof. Dr. Noack die von der Universität Halle ergriffene Initiative und schreibt u.a. wörtlich:

"Für die ehrenvolle Einladung, die Sie mir im Namen von Rektor, Senat, Professoren und Angestellten der Martin-Luther-Universität gesandt haben, möchte ich Ihnen meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank aussprechen und bitte Sie, diesen Dank der ganzen Universität mitzuteilen.

Gerade die Einladung Ihrer Universität hat mit vorbildlicher Sachlichkeit und verantwortungsvollem Takt die Punkte unserer Vorschläge hervorgehoben, die wohl von jedem Menschen aller Zonen, der guten Willens ist, ohne Bedenken angenommen werden können.

Bald nach dem Empfang Ihrer Einladung habe ich diese vervielfältigten lassen und in 1000 Exemplaren an die Presse und einzelne Organisationen und Persönlichkeiten des In- und Auslandes versandt. Denn es lag mir daran, daß Ihre Stimme, diese Stimme aus dem Osten Deutschlands, überall gehört wird.

Ich bin ^{mir} mit Ihnen tief bewußt, daß es sich hier in Wahrheit um die Sache ganz Deutschlands handelt. Darum bin ich auch grundsätzlich gerne bereit, wo immer es sei, in Deutschland öffentlich dafür einzutreten. So nehme ich also auch Ihre Einladung, nach Halle zu kommen,

PresseDienst
(PD)

12. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

für einen späteren Zeitpunkt mit besonderem Dank an. Inzwischen will ich gerne mit Ihnen, wie Sie vorschlagen, in einen ständigen Gedankenaustausch treten und bitte Sie, in diesem Sinne die Übersendung der mitteilenden Drucksachen als einen Beitrag hierfür entgegenzunehmen.

Indem ich Sie bitte, Rektor, Senat, Professoren, Studenten und Angestellte der Martin-Luther-Universität meine Verbundenheit im Sinne einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands zu versichern, bin ich

Ihr aufrichtig ergebener
(gez.) Ulrich Noack

Der auszugsweise veröffentlichte Brief Prof. Dr. Noacks enthält u.a. noch den an die Martin-Luther-Universität gerichteten Vorschlag, die von ihr ergangene Aufforderung zum Gedankenaustausch über die der Förderung der Einheit Deutschlands dienenden Fragen an alle anderen Universitäten und Hochschulen direkt ergoßen zu lassen.

Volksfesttag des Friedens in Berlin

Berlin, 12.5. (E.B.)

Von 14.30 Uhr bis 16 Uhr bildeten am 12. Mai eine halbe Million frohgestimmter Berliner die Straße "Unter den Linden" und den "August-Bebel-Platz", um bei strahlendem Sonnenschein an einer eindrucksvollen Kundgebung des Demokratischen Blocks Berlin anlässlich der Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen teilzunehmen. Ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen, roten Bannern der Arbeiterbewegung und blauen der Freien Deutschen Jugend, das Bewusstsein der Massen, daß ihre wachsende Aktivität für Frieden und Einheit einen großen Erfolg errungen hat, und die allgemeine Freude über die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen ließen den 12. Mai in Berlin wirklich zu dem werden, als der ihn Hans Jendretzky, der Vorsitzende der SED Berlin, in seiner Ansprache bezeichnete: ein Volksfesttag des Friedens.

Nach Eröffnung der Kundgebung durch Frau Stark-Wintersig (CDU), die in diesem Monat den Vorsitz im Berliner Demokratischen Block innehat, sprachen der Präsident des Deutschen Volksrates, Prof. Dr. Hermann Kastner (LDP), der stellvertretende Präsident der DWK, Luitpold Steidle (CDU), der Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert, der Vorsitzende des FDGB Berlin, Adolf Deter, Bürgermeister Dr. Schwarz (LDP), Hans Müller (SPD-Fraktion), Bürgermeister Gehr (CDU) und Hans Jendretzky. In den Ausführungen aller Redner kam der übereinstimmende Wille zum Ausdruck, den Kampf für die Einheit Deutschlands und seine Hauptstadt, den Kampf für den Frieden, auf der Grundlage der Verständigungsbereitschaft mit allen nationalgeprägten deutschen unteilbar bis zum Siege zu führen. "Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!", mit diesen Worten schloß der Sozialdemokrat Hans Müller unter tausendfacher Beifall seinen Aufruf, im Kampf um die Einheit Deutschlands nicht nachzulassen und dem Fortschritt der Demokratie und Freiheit in allen Teilen unserer Heimat zum Siege zu verhelfen. Zum Abschluss der Kundgebung sangen die Massen gemeinsam das Lied "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!"

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 13. Mai 1949
- 4 -

"Seid einig, seid wachsam..."

P o t s d a m , 13.5. (E.B.)

Der brandenburgische Landtagspräsident Otto Meier ermahnte die über 1 500 Arbeiter, Angestellten und Techniker des volkseigenen Lokomotivwerks "Karl Marx" in Babelsberg, am 15. Mai ihr einmütiges Bekenntnis für die Einheit Deutschlands und den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages abzulegen, wachsam zu sein und nie wieder zuzulassen, dass eine kleine Gruppe von Menschen Deutschland und die Welt nochmals in einen Krieg stürzen könne.. Es kommt in dieser Stunde des nationalen Notstandes auf jeden einzelnen an. Die nationale Existenz Deutschlands kann und wird nur durch die Einigkeit der Arbeiterschaft gesichert werden."

Die Bauern wollen in Frieden säen

M a g d e b u r g , 13.5. (E.B.)

"Wir Bauern wollen in Frieden unseren Acker bestellen", erklärte der Bauer Paul Wenner, Rogätz. "Wir brauchen keine Marshallpläne, sondern Arbeitspläne. Wir Bauern werden es den deutschen und ausländischen Spältern und Monopolkapitalisten durch unsere Abstimmung am 15. Mai ganz deutlich sagen: nur Einheit und ge-rechter Frieden sind das Unterpfand einer gesunden Entwicklung."

Neubauer Willi A p p e l schloss sich ihm mit den Worten an: "...Selbstverständlich stimmen am Sonntag alle Bauern mit "Ja". Der Bauer spricht nicht viel, er geht am Sonntag geschlossen zur Abstimmung, um dazu beizutragen, dass das bisher Erreichte nicht in einem neuen Krieg wieder zerstört wird."

Mit Lust und Liebe bei der Planerfüllung

Eine zweite Lok für die Maxhütte

Z w i c k a u , 13.5. (E.B.)

Die Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Zwickau wird zusätzlich eine zweite Lokomotive für die Maxhütte-Unterwellenborn ausbessern, der bereits am 1. Mai eine zusätzlich reparierte Lok zur Verfügung gestellt wurde. Mit den Reparaturarbeiten an der zweiten Maschine hat das Lehrlingsaktiv des RAW Zwickau begonnen.

7,1 t Stahl pro Stunde

R i e s a , 13.5. (FDGB)

Im Stahlwerk Riesa begrüßte die Belegschaft polnische Gewerkschaftsgäste mit einer Sonderschicht und produzierte dabei 7,1 t Stahl stündlich.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 13. Mai 1949
- 5 -

Abraumleistung bedeutend erhöht

Senftenberg, 13.5. (E.B.)

Die höchste Abraumleistung seit Kriegsende erreichten die Gruben des Senftenberger Braunkohlenreviers im April. Im Verhältnis zum Januar wurden im vergangenen Monat 400 000 cbm mehr abgeräumt. Auch in der Briketterzeugung wurden Spitzenleistungen erzielt. Die Qualität der Briketts konnte wesentlich gesteigert werden. Zum erstenmal seit Kriegsende vergrößerte das Senftenberger Revier seine Kohlenvorräte erheblich.

IG Bergbau verstärkt Reviersekretariate

Zwickau, 13.5. (E.B.)

Auf einer Revierkonferenz der Gewerkschaftsfunktionäre im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier wurde beschlossen, die Landesvorstände der IG Bergbau aufzulösen und stattdessen die Reviersekretariate zu verstärken.

Weitere Beschlüsse galten der Gewinnung aller Funktionäre der IG Bergbau zu Mitgliedern der "Gesellschaft zum Studium der Sowjetkultur" und der Auslese der besten Bergarbeiter für das Hochschulstudium.

Neue Produktionsstätte in Heinrichshall

Erfurt (E.B.)

Im thüringischen Chemiewerk Heinrichshall wurde eine neue Produktionsanlage zur Herstellung von Glühphosphat vorzeitig in Betrieb genommen. Die Anlage sollte planmäßig erst im Oktober fertiggestellt sein. Mit der neuen Produktionsstätte wird die Mischdüngerproduktion der Ostzone erheblich erhöht.

Besser und geschmackvoller

Potsdam, 13.5. (E.B.)

Die Wirtschaft müsse sich den Bedürfnissen der Käufer unterordnen, sowohl bei der Qualitätserhöhung als auch bei der Preissenkung, erklärte Ministerialdirektor Müller auf einer Tagung der Techniker, Betriebsleiter und Industriedezernenten des Landes Brandenburg. Es müssen bessere Schuhe und Stoffe erzeugt und die Geschmacksanforderungen der Käufer berücksichtigt werden.

Frühjahrsbestellung in Stralsund und Ludwigslust abgeschlossen

Schwerin, 13.5. (E.B.)

In den Kreisen Stralsund und Ludwigslust wurde die Frühjahrsbestellung in Getreide und Kartoffeln erfolgreich beendet. Die Kartoffelaussaat im Land Mecklenburg beträgt bisher 93 %.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

13. Mai 1949
- 6 -

Der erste Kreis Brandenburgs

C o t t b u s , 13.5. (Rdfk.)

Als erster brandenburgischer Kreis beendete Cottbus die Frühjahrsbestellung in allen Fruchtarten. Das Anbausoll bei Ölfrüchten und Faserpflanzen wurde weit überschritten.

Forstarbeiter pflanzen freiwillig 92 000 Kiefern

Bei Wiederaufforstungsarbeiten pflanzte die Belegschaft des Forstamtes Finowtal freiwillig an einem Tage 92 000 einjährige Kiefern. Mit 780 Stück Ballenpflanzen wurde eine Kulturfläche ausgebessert.

Neues Verhältnis von Staat und Wissenschaft

5. Rektorenkonferenz der Ostzone

B e r l i n , 13.5. (E.B.)

Im Senatssaal der Humboldt-Universität in Berlin fand am 11. Mai unter Vorsitz von Paul W a n d e l , Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, die fünfte Rektorenkonferenz der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der Ostzone statt. Daran nahmen ausser den Rektoren auch einige Prorektoren und Dekane sowie die Hochschulreferenten der Landesregierungen und Vertreter der DWK teil.

Präsident Wandel wies einleitend auf die Bedeutung der Weltfriedensbewegung und die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen hin. Beide Ereignisse bieten zu der Hoffnung Anlass, dass der Friede erhalten bleibe und ein geeintes Deutschland Wirklichkeit werde. Aus dieser Perspektive vor allem müsse die DWK-Verordnung vom 31. März betrachtet werden, deren entscheidendstes Moment nicht so sehr die materielle Besserstellung der Intelligenz, als vielmehr das neue Verhältnis von Staat und Wissenschaft sei. Niemals vorher habe es ein oberstes sich selbst verwaltendes Gremium der Wissenschaft gegeben, wie es der wissenschaftliche Senat darstelle, der auf die massgebliche Instanz zur Koordinierung der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungstätigkeit wirken soll.

Diese Aufgabe könne er mit umso mehr Erfolgsaussicht in Angriff nehmen, da seine Mitglieder sämtlich selbst Wissenschaftler seien. Im Gegensatz zu allen staatlichen Verwaltungsorganen könne der wissenschaftliche Senat jedes Problem ruhig bis zur Entscheidung heranreifen lassen.

Pressedienst
(FD)

Nachrichten 13. Mai 1949
- 7 -

Der Rektor der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Walter Friedrich, berichtete danach über die Beteiligung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen an der Weltfriedensbewegung. Alle Anwesenden begrüßten es, dass sich auch die Vertreter der Wissenschaft zu ihr bekennen und nahmen einstimmig folgende Entschliessung an:

"Die Konferenz der Rektoren der Ostzone vom 11. Mai hat mit aufrichtiger Freude die Erfolge des Pariser Weltfriedenskongresses zur Kenntnis genommen. Aus der Überzeugung, dass die überragende Mehrheit der deutschen Wissenschaftler auch der übrigen Besatzungszonen die Erhaltung des Friedens als Grundlage ihres eigenen Daseins erkannt hat und davon überzeugt ist, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands werde einen wesentlichen Beitrag für den Weltfrieden zu leisten imstande sein, leitet die Rektorenkonferenz der Ostzone das Recht ab, auch für jene Vertreter der deutschen Wissenschaft, die in Paris nicht vertreten waren, zu sprechen, und als ihre verantwortungsbewussten Vertreter zu fordern, dass die bevorstehende Aussenministerkonferenz Wege sucht und findet, die Einheit Deutschlands und einen endlichen Frieden zu schaffen."

Der 2. Teil der Konferenz diente einer ausführlichen Aussprache über die DWK-Verordnung zur Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur.

Eindrücke und Grüsse aus Rumänien
H a i l e (E.B.)

Der 1. Vorsitzende des FDGB Sachsen-Anhalt, Rudi Maisel, der auf Einladung des Generalrats der Rumänischen Gewerkschaftsföderation als Vertreter des Bundesvorstandes des FDGB an den Bukarester Maifeiern teilnahm, schildert in einer Unterredung seine Eindrücke. Über eine halbe Million Werktätiger demonstrierten auf dem Viktoria-Platz in Bukarest. Ihre Begeisterung erklärt sich aus der Tatsache, dass das werktätige Volk Rumäniens die Herrschaft des ausländischen Monopolkapitals und seiner einheimischen Ausbeuter beseitigt hat und nun selbst Gestalter eines neuen Lebens geworden ist. Stolz berichten die Menschen in den Betrieben von ihren Erfolgen. Im laufenden Jahr werden 80 Milliarden Lei in der Industrie investiert, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Rumänien hat zwar noch unter den Auswirkungen der kapitalistischen Ära und des Krieges zu leiden, die Erfolge der friedlichen Aufbauarbeit zeichnen sich aber auf allen Gebieten bereits ab. Die Werktätigen erkennen, dass nunmehr die Früchte ihrer Arbeit ihnen selbst zugute kommen und entwickeln einen nie dagewesenen Arbeits-Enthusiasmus. Die Motoren dieser Aufwärts-Entwicklung sind die Vereinigte Arbeiterpartei und die grosse Gewerkschaftsbewegung. Mit grösster Aufmerksamkeit verfolgen die rumänischen Werktätigen die Entwicklung in Deutschland und wünschen nichts sehnlicher, als ein einheitliches demokratisches Deutschland als Hort des Friedens, da sie erkennen, dass ein gespaltenes Deutschland ein ewiger Unruheherd sein würde. Der Empfang der deutschen Gewerkschafts-Delegation war äusserst herzlich. Alle, Vertreter der rumänischen Gewerkschaften, Ministerpräsident Groza und die Werktätigen in den Betrieben betonten ihre brüderliche Verbundenheit mit den demokratischen Kräften Deutschlands. Mit den Grüßen an die deutsche Bevölkerung verbanden sie die Erwartung, dass alle friedliebenden Deutschen am 15. und 16. Mai ihre Stimme für Deutschlands Einheit und den Frieden erheben werden.

PresseDienst
(PD)

13. Mai 1949

Volkskontrolle geht alle an!

Die Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, die am 27. und 28. April 1949 tagte, begrüßte den Beschluss der Deutschen Wirtschaftskommission über die Bildung von Kontrollkommissionen und die Richtlinien der zentralen Kontrollkommission für die Tätigkeit der Volkskontrollausschüsse, die der Vorsitzende der DWK und der Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern bestätigt haben.

Die Konferenz erliess folgenden Aufruf:

"Dank der mühevollen Arbeit von Arbeitern und Angestellten, technischer Intelligenz und Wissenschaft, werktätigen Bauern und ehrlichen Menschen in Handel und Gewerbe, beginnt sich langsam aber sicher unser schweres Leben, das die Folge der verbrecherischen hitlerischen Raubkriege ist, zu bessern. Der Zweijahrplan gibt uns die Möglichkeit, zu errechnen, in welchem Umfange und in welchem Grade eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards mindestens möglich ist. Daneben aber gibt es Reserven, die noch längst nicht alle erkannt und erschöpft sind, die uns die Möglichkeit geben, den Zweijahrplan überzuerfüllen und zusätzlich den Lebensstandard zu verbessern.

Diesen unseren Zweijahrplan gilt es zu schützen vor jenen Elementen, die die Hoffnung nicht aufgegeben haben, in Gesamtdeutschland wieder ihre alte verbrecherische, volksfeindliche Macht aufzurichten. Es sind jene Elemente, denen jeder menschliche Fortschritt ein Dorn im Auge ist, die vor allem Deutschland wieder zu einem Tummelplatz neuer kriegerischer, antisowjetischer Abenteuer machen wollen. Unordnung, Disziplinlosigkeit, Unsauberkeit und Gesetzesverletzung sind die Waffen, die heute die bei uns entmachtete Reaktion anwendet, um unseren Weg zu Wohlstand, Frieden und Freiheit zu blockieren. Das gemeine Verbrechertum, besonders aber das Schieber- und Spekulantentum, ist heute zum politischen Vortrupp der internationalen Reaktion geworden. Schwarzhandel, mit all seinen Begleiterscheinungen wie Korruption, Unterschlagung, Diebstahl, Fälschung, Untreue und Betrug, sind heute die Kampfmittel, mit denen man versucht, den Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft aus eigener Kraft zu bindern, um uns zu zwingen, den Kopf in die verhängnisvolle Marshallplanschlinge zu legen.

Das deutsche Volk hat schon einmal in seiner Geschichte die sogenannten Segnungen von Plänen auskosten müssen, die von den Finanzhyänen in der Wallstreet ausgeht und von sogenannten deutschen Politikern gegriessen worden sind. Der Marshallplan unterscheidet sich von seinen Vorgängern - dem Dawes- und dem Youngplan - nur dadurch, daß seine Bedingungen für unser Volk noch halsabschneidender sind, als es jemals zuvor der Fall war.

Neben diesen Gefahren aus dem Lager der offensichtlichen Feinde unseres Volkes drohen aber dem Zweijahrplan Gefahren mannigfaltiger Art aus dem eigenen Lager. In den Reihen der Werktätigen gibt es noch viel Rückständigkeit, deren Wurzeln in der Vergangenheit begründet liegen. Diese Rückständigkeit äußert sich in einem schlechten Verhältnis zur Arbeit, in Gleichgültigkeit, in

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949

Volkskontrolle geht alle an - 2 -

Fahrlässigkeit und Demoralisation. Diese Rückständigkeit ist es, die unbewusst den Feinden des Volkes das Gelände für ihr schädliches Treiben ebnet. Die Kontrollkommission und die Kontrollausschüsse haben beobachten müssen, dass in fast allen Fällen mangelndes demokratisches Bewusstsein, mangelnde demokratische Wachsamkeit den Saboteuren unseres friedlichen Aufbaues förmlich in die Hände gespielt haben.

In der antifaschistisch - demokratischen Ordnung muss sich das Verhältnis von Regierung zu Regierten völlig ändern. Verwaltung, Polizei, **Justiz** und ein entscheidender Teil der Wirtschaft sind nicht mehr Einrichtungen einer Minderheit zur Unterdrückung und Ausplünderung einer Mehrheit des Volkes. Wo heute doch noch an den einen oder anderen Stelle ein umgekehrtes Verhältnis bestehen sollte, ist es Sache jedes demokratisch bewussten Menschen, in die Speichen zu greifen und das Rad der Geschichte vorwärts drehen zu helfen. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung besitzt in den Volkskontrollausschüssen das Organ, das jedem Bürger, jeder Bürgerin das Recht gibt, aktiv in die Gestaltung unseres neuen Lebens einzugreifen.

Die Volkskontrollausschüsse werden überprüfen, ob in Verwaltung, Wirtschaft und Justiz ehrlich gearbeitet wird im Interesse der Mehrheit des Volkes. Vor den Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüssen darf und wird es keine verschlossenen Amtsstuben und verriegelten Direktionszimmer geben. Durch die Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse hat jeder Bürger und jede Bürgerin das Recht, Rechenschaft zu fordern von seiner Verwaltung, von seiner Wirtschaft, von seiner Justiz. In einer wirklich antifaschistisch-demokratischen Ordnung darf es keinen Würdenträger geben - und sei es auch der hochgestellteste - von dem der einfachste Mensch aus dem Volk auch nur in irgend einer Beziehung sagen könnte: "Ihm ist nicht beizukommen!"

Um aber eine solche Verwirklichung einer allumfassenden Volkskontrolle unter aktiver Mitwirkung breiter Massen des Volkes zu erreichen, ist ernsthaftes Lernen erforderlich.

Man kann die Durchführung nur solcher Gesetze und Bestimmungen zum Wohle des Volkes erfolgreich kontrollieren, deren Gehalt man sich vorher in harten, nüchternen Schulung erarbeitet hat.

Man kann den schädlichen Bürokratismus nur an Ort und Stelle studieren, wenn man unverbesserliche Bürokraten entfernen und sie durch Männer und Frauen mit praktischem Verstand aus dem einfachen Volke ersetzen will.

Im einfachen Volke gibt es Hunderttausende begabte und organisatorisch befähigte Menschen, an deren Entdeckung und Entwicklung noch viel zu wenig gearbeitet wird. Hunderttausende Talente stehen auf dem falschen Platz und nützen so ihrem Volke wenig. Deshalb müssen die Volkskontrollausschüsse vor allem Schulen der Werktätigen werden, wo in praktischer Inspektion und Revision gelehrt wird, wie Missstände, die das Volk bedrücken und den Fortschritt hemmen, erkannt und überwunden werden können. Es nutzt nichts, Aktivist der Arbeit zu sein, wenn man gleichzeitig gleichgültig zulässt, dass der mühevoll erarbeitete Arbeitsertrag der Aktivisten von Bürokraten und wichtigtuersischen Würdenträgern vergeudet und von gewissenlosen Schiebern und Spekulanten erbeutet wird. Die Aktivisten

Presseienst
(PD)

15. Mai 1949
Volkskontrolle geht alle an - 3 -

Der Arbeit müssen gleichzeitig Aktivisten der Volkskontrolle werden, denn sie sind heute das positivste Element in unserem Volke, die Träger jeglichen gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse wendet sich aber besonders an die Frauen und an die Jugend. Niemand hat schwerer an den Folgen des verbrecherischen Hitler-Raubkrieges zu tragen, als die Frauen und die Jugend, die von den Faschisten um die besten Jahre ihres Lebens betrogen worden sind. Das wird kein rechter Volkskontrollausschuss sein, in dem nicht die Mehrheit aus Frauen besteht. Die Wirtschaftsführung im kleinen, im Haushalt, liegt fast ausschliesslich bei den Frauen. Die Mehrzahl der Frauen hat täglich zu rechnen und zu sparen, um ihren kleinen Haushalt zu finanzieren. Die Haushaltsführung der Familie ist bedingt von der Haushaltsführung in Verwaltung und Wirtschaft. Man kann nur den persönlichen Haushalt verbessern, wenn man sich um die Verbesserung des öffentlichen - allgemeinen Haushaltes in Staat und Gemeinde, in jedem volkseigenen Betrieb kümmert. Und für die Kontrolle von Verwaltung und Wirtschaft bringen gerade die Frauen aus dem einfachen Volke die besten Voraussetzungen mit.

Die Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse ruft die Jugend. Die Jugend gehört in die Volkskontrolle, weil sie ehrlich und unbestechlich ist, weil ihre Sinne noch geschärft sind und Wachsamkeit und Disziplin Tugenden sind, für die die Jugend empfänglich ist. Jugend kann nicht gleichgültig sein! Jugend bündelt sich auf gegen erkanntes Unrecht! Jugend blickt vorwärts und ist nicht mit schlechten Gewohnheiten der Vergangenheit und mit Spiessbürgerweisheiten belastet, die letzten Endes immer "runfe gerade gehen lassen". In den Volkskontrollausschüssen hat die lernbeifrige und wissend-tätige Jugend die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und aus diesen Erfahrungen Nutzen zu ziehen für das Leben, das noch vor ihr liegt.

Die Konferenz der Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse ruft aber ganz besonders alle Deutschen anständiger Gesinnung in jenen Gebieten unseres leidenden Vaterlandes, in denen ausländische Imperialisten versuchen, das Volk zu knebeln und die Herrschaft der früheren monopolkapitalistischen Machthaber wieder aufzurichten.

Überlasst die Ruhrkontrolle nicht irgendwelchen Schlotbaronen und internationalen Börsenjobbern. Verlasst Euch nicht auf irgend eine "British-Control-Commission" für die britisch besetzten Gebiete Deutschlands. Schafft Euch eigene demokratische Kontrollkommissionen und Volkskontrollausschüsse. Kämpft mit uns gemeinsam für die demokratische deutsche Republik und um die Erhaltung des Friedens. Nur so sichern wir das grössere Stück Brot, die bessere Kleidung, die menschenwürdige Wohnung, die höhere Kultur. Nur so sichern wir unseren Kindern ein besseres Leben, unserem Volke eine glückliche Zukunft "

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Die Ostzone hat keine Schulden

B e r l i n (PD)

Die gesamte Agitation der Westpresse gegen die Sowjetzone baut sich auf den Behauptungen auf, daß deren Wirtschaft vor dem Zusammenbruch stehe, keine Lokomotive mehr fahrbereit sei und die gesamte Produktion als Reparationsleistung in die Sowjetunion abtransportiert werde.

Diese durchsichtigen Verdächtigungen, denen jedes stichhaltige Beweismaterial fehlt, hat das Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission am 12. Mai in der schlagendsten Weise dadurch widerlegt, daß es zum ersten Mal seit dem Kriege den Haushaltsplan der Zone, die Haushalte der 5 Länder und die Finanzpläne der volkseigenen Betriebe veröffentlicht und damit der gesamten Bevölkerung einen Rechenschaftsbericht vorgelegt hat.

12 Milliarden Einnahmen stehen für 1949 nur 10,8 Milliarden Ausgaben gegenüber, so daß 1,2 Milliarden Überschuß am Ende des Jahres zur Verfügung stehen, die neuen Investitionen und der Anlage einer Finanzreserve dienen werden. Bedenkt man, daß dieser Haushaltsplan noch vor der Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen aufgestellt wurde, dann läßt sich leicht erkennen, welche weitere günstige Beeinflussung er durch die Erleichterungen im Wirtschaftsverkehr zwischen den Zonen erfahren wird. Er zeigt aber auch, daß nicht wirtschaftliche Schwäche der Ostzone die Bereitschaft der Sowjetunion, die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben, auslöste, sondern daß sie auch hier wie immer nur die Interessen des gesamtdeutschen Volkes im Auge hatte.

Ein Beweis mehr für die folgerichtige Wirtschaftspolitik, die mit der Aufstellung des Zweijahrplanes eingeschlagen wurde, ist die Tatsache, daß der Überschuß erzielt wird, obwohl die Steuerreform in der Ostzone eine Senkung der Steuern um 30 % mit sich bringt, eine Steuerreform, wie sie in der deutschen Finanzgeschichte bisher ohne Beispiel ist. Nur noch 48 % der öffentlichen Einnahmen stammen 1949 aus Steuern, während vor dem Kriege über 80 % der Staatseinnahmen aus Steuern aufgebracht wurden. Die wachsenden Einnahmen der volkseigenen Betriebe und Handelsunternehmen, die in diesem Jahr 1 1,25 Milliarden DM betragen, entlasten immer stärker den Lohnempfänger von Zahlungen an den Staat.

Der Haushaltsplan brachte aber auch zum ersten Mal den genauen Betrag der Reparationen. Er beträgt für 1949 1,34 Milliarden DM, das sind knapp 10 % der Gesamtausgaben. Damit sind einer der widerlichsten Lügen innerhalb der gesamten Antisowjethetze ihre kurzen Beinchen restlos abgeschlagen worden.

Wirtschaft und Finanzen der Ostzone haben eine gesunde Grundlage. Ohne Verschuldung wachsen sie durch die eigene Arbeit, während die Westzonen dem Ausland bereits 5 Milliarden Westmark schulden. Deshalb wird die Finanzwirtschaft der Ostzone in einem einheitlichen Deutschland den gesunden Kern der gesamtdeutschen Staatsfinanzen bilden.

(W.K.)

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Wer hindert die freie Fahrt?

B e r l i n (PD)

Die Sowjetunion, die USA, England und Frankreich haben die Aufhebung der Transport- und Handelsbeschränkungen zwischen Berlin und den westzonen sowie zwischen der sowjetischen Besatzungszone und den westzonen Deutschlands vereinbart. Dieses Abkommen trat am 12. Mai um 0.01 Uhr in Kraft. Von sowjetischer Seite wurde durch den Befehl General Tschujkows bis in alle Einzelheiten klargelegt, wie der neue Zustand vom 12. Mai ab aussehen soll. Jetzt stellt sich die überraschende Tatsache heraus, daß die westlichen Besatzungsmächte bisher keine Maßnahmen zur Aufhebung der von ihnen eingeführten Handelsbeschränkungen bekanntgegeben haben. Es sind deshalb auch bisher keine Warentransporte aus dem westen in der Ostzone eingetroffen. Die Handelsabkommen, deren Durchführung von den westlichen Besatzungsmächten nach dem 1. März 1948 eingestellt wurde, sind nicht wieder in Kraft gesetzt worden. Anstelle der Aufhebung der Beschränkungen schlagen die Wirtschaftsorgane der westlichen Besatzungsmächte vor, daß nur zwischen den deutschen Organen Verhandlungen über die Entwicklung des zukünftigen Interzonenhandels geführt werden sollen.

Das bedeutet praktisch, daß für die Gegenwart der Interzonenhandel bis jetzt von westlicher Seite her weiter blockiert geblieben ist. Während also von sowjetischer Seite die Verpflichtungen aus dem New Yorker Abkommen pünktlich und genau erfüllt wurden, versuchen die westmächte einer Aufhebung der von ihnen eingeführten Beschränkungen auszuweichen.

Warum lassen die westmächte z.B. eine solche Frage im Dunkeln, wie es der Vertrieb der demokratischen Presse in den Berliner westsektoren ist? Für eine Kraftwagenfahrt von Berlin durch die Ostzone in die westzonen ist ein Stempel der sowjetischen Zentralkommandantur im Interzonenpaß erforderlich. Warum verbreitet die westsektorenverwaltung falsche Informationen darüber und behauptet, ein solcher Stempel sei nicht nötig? Bedeutet diese Irreführung die bewußte Absicht, Schwierigkeiten zu schaffen und Enttäuschungen hervorzurufen? Warum lehnt die westberliner Verwaltung eine Vereinbarung über den Strombezug aus dem Ostsektor ab? "Will die westberliner Verwaltung - so fragt die "Berliner Zeitung" - auch nach Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen den kalten Krieg in Berlin fortführen und den westberlinern weiterhin überflüssige Entbehrungen auferlegen?"

General Clay ging - aber sollen die Anhänger seiner Kriegspolitik weiterhin ihr Unwesen zum Schaden der Bevölkerung treiben können? Die Sowjetunion hat keine Bedingungen für die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen gestellt. Sie hat keine Bedingungen gestellt für die Durchführung des großen Verständigungswerks in allen strittigen Fragen, die Deutschland betreffen. Sie hat diese Haltung stets gezeigt aufgrund ihrer mächtigen Position als Bollwerk des Friedens in der Welt. Die Deutschland-Politik der Sowjetunion ging und geht immer davon aus, daß die Einheit eines demokratischen Deutschland eine

PresseDienst
(PD)

13. Mai 1949
Kommentare - 3 -

notwendige Voraussetzung für die Sicherung des Weltfriedens ist.

Der Deutsche Volksrat hat in seinem Appell an das deutsche Volk, eine allumfassende nationale Front zur Verrechtung seiner Lebensinteressen zu bilden, ebenfalls keinerlei Bedingungen gestellt. Die einzige Voraussetzung, die jeder anständige Deutsche erfüllen kann und muß, ist, daß er für die Einheit seines Vaterlandes und für einen gerechten Friedensvertrag eintritt. Dieser Appell hat auch in Westdeutschland in allen Kreisen, die sich nicht durch eine deutschfeindliche Propaganda verblenden ließen, freudigen Widerhall gefunden. Das beweist der Strom von Zustimmung zu den Zielen der nationalen Front aus allen Teilen des Landes. Jene aber, die heute die Verständigung der Großmächte und vor allem die Verständigung der Deutschen unter sich über ihre einfachsten nationalen Lebensfragen stören wollen, die Hetztiraden von Stapel lassen à la Reuter in Schöneberg, - sie werden ihre Antwort am 15. und 16. Mai durch die Millionen-Beteiligung an den Wahlen zum Deutschen Volkskongreß erhalten.

(W.B.)

Der Westen ruft nach der Einheit

B e r l i n (PD)

Keine Demagogie, keine Lüge, keine Hetze kann es mehr verbergen: Die Kampfziele der gesamtdeutschen nationalen Front - Beseitigung der Zonengrenzen, gerechter Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungstruppen - werden auch im Westen zur unmittelbaren, ureigensten Sache der Deutschen aus allen Schichten. Ein Arbeitervertreter, der 2. Betriebsratsvorsitzende der größten westdeutschen Werft, der Deutschen Werft in Hamburg, Mertens, erklärte zur Einladung des Deutschen Volksrats an die Parteien und Organisationen Westdeutschlands, eine gesamtdeutsche Besprechung herbeizuführen, daß die Aufforderung des Volksrats dem Außenministerrat eine gemeinsame deutsche Stellungnahme vorzulegen, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Einheit sei. Mertens gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz der Ablehnung durch den Bonner Rat eine gesamtdeutsche Besprechung zustande kommt, damit in der Pariser Konferenz die Stimme Deutschlands gehört wird.

Der Süden will hinter dem Norden, der Bauer hinter dem Arbeiter nicht zurückstehen. "Unser Acker ist das gesamte Deutschland!", sagte der Vizepräsident des Bayerischen Bauernverbandes, Frühwald, auf dem Fränkischen Bauerntag in Rothenburg, und stellte fest, daß sich das fränkische Bauernvolk seiner deutschen Aufgabe bewußt sei.

Ein Vertreter der süddeutschen Intelligenz, Schuldirektor Zehlein, Nürnberg, ließ in seiner Stellungnahme das auch in Westdeutschland wachsende Bewußtsein der unlöslichen Verbundenheit unseres Kampfes für die Einheit mit dem für den Frieden erkennen. Er forderte die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden. "Ich glaube nicht", so sagte der süddeutsche Schulmann, "daß irgendein Volk einen Krieg will. Die Staatsmänner der Westmächte sollten jedoch wissen, daß Aufrüstung zwangsläufig zum Kriege führt."

PresseDienst
(PD)

15. Mai 1949
Kommentare - 4 -

Keinerlei Unterschied in der parteipolitischen Einstellung darf und kann das einmütige Auftreten der Deutschen für ihre Lebensinteressen schmälern. Auch die engstirnigste Politik von Spaltern kann nicht verhindern, daß dieser Gedanke sich im Westen genau so durchsetzt wie im Osten. Der Erfolg der Friedenskräfte, der in der Ordnung des Interzonenverkehrs zum Ausdruck kommt, hat dem Kraftbewußtsein aller Nationalgesinnten starken Antrieb gegeben. Der erste Vorsitzende der SPD in Schweinfurt, Georg Lichterman, erklärte eindeutig: "Alles muß getan werden, um die Einheit Deutschlands wieder herbeizuführen, denn darüber besteht kein Zweifel, daß die Handelsbeschränkungen für beide Teile nachteilige Auswirkungen haben."

Auch im Westen treten die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern in den Hintergrund, wenn es gilt, die Lebensgrundlagen aller Deutschen - Einheit und Unabhängigkeit unseres Landes und seiner Wirtschaft - in der gemeinsamen nationalen Front zu verteidigen. Der Geschäftsführer der Export-Import-Genossenschaft Offenbach, Oskar Lieder, erklärte: "West- und Ostdeutschland können ohne einander wirtschaftlich nicht existieren. Sicherlich ist ein großer Bedarf für unsere Erzeugnisse in der Ostzone und besonders in den ost- und südosteuropäischen Staaten vorhanden." Der Inhaber der Firma Alfred Teves in Frankfurt/Main betonte: "Wir warten mit großer Sehnsucht darauf, daß die Grenzen geöffnet werden. Wir werden sofort unsere alten Beziehungen wieder ausnutzen und nach der Ostzone liefern." Der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Offenbach, Dr. Dietz, forderte: "Unsere Freunde aus Leipzig müßten wieder hierher kommen und hier ausstellen können. Wir sprechen schließlich die gleiche Sprache und sind das gleiche Deutschland." Und ein Vertreter der Handwerkskammer ließ sich vernehmen: "Die wirtschaftliche Entwicklung kann erst nach Aufhebung des Ausfuhrverbots nicht nur nach der Ostzone, sondern vor allem nach den ost- und südosteuropäischen Staaten verwirklicht werden." Kollege Dietz, Bevollmächtigter des FGB für Nordhessen-Waldeck, ergänzte diese Feststellungen: "Die Wiederbelebung des Interzonenhandels wird vielen Arbeitern wieder Brot bringen, nachdem Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Nordhessen in großem Ausmaß herrschten."

"Die wirtschaftliche Verständigung darf nur der erste Schritt sein" - mit diesen knappen Worten umriß Pfarrer Merten vom Heimkehrerdienst Frankfurt/Main die Aufgabenstellung der nationalen Front, die auch im Westen unserer Heimat in wachsender Masse von breitesten Schichten erkannt und unterstützt wird. Die westdeutschen Werktätigen werden sich dabei immer klarer darüber, wer ihre Feinde sind. Der Bezirksleiter des FGB in Hessen, Dietz, betonte: "Die Abberufung General Clays ist ein günstiges Zeichen, denn er war Gegner der hessischen Verfassung - des Artikels 41 und des Mitbestimmungsrechtes."

Günther Ott, Vorsitzender der Jugend in der hessischen Metallarbeitergewerkschaft, forderte, schnellstens die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen, "sondern auch die Zusammenkünfte der Gewerkschaftsjugend aus allen Zonen wieder aufzunehmen. Am wenigsten darf heute die Jugend Berufs- und Parteischranken kennen." Wolfgang Simon, Vorsitzender der RDE-Jugendgruppe an der Frankfurter Universität, erklärte: "Ich bin besonders erregt, daß Stimmen laut werden, die verlangen, die Bildung einer westdeutschen Separatregierung zurückzustellen, um eine gesamtdeutsche Lösung anzustreben." Es ist klar, daß die Forderungen der Deutschen aus allen Zonen zusammenklingen: Westen und Osten, deutsche Menschen aus allen Volksschichten und Parteien strömen in der nationalen Front zusammen, um die Lebensrechte unseres Volkes, jedes einzelnen Deutschen, zu erkämpfen. Keiner stehe zurück - und Einheit und Frieden werden gesichert sein!

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Kommentare - 5 -

Nicht "Konkurrenz", sondern Zusammenarbeit!

Berlin (PD)

In einem Artikel über die Perspektiven der Wiederaufnahme des Interzonenverkehrs schrieb "Der Tag" am 11. Mai: "Den Eindruck hat man im Frankfurter Hauptquartier, daß diesmal der Osten unbedingt den Westen braucht." Und unmittelbar danach schrieb das Blatt: "Im Westen sind schon die ersten leisen Befürchtungen über die Ostzonenkonkurrenz laut geworden."

Der Widerspruch ist offenkundig. Er zeigt die Haltlosigkeit der "Argumente", mit denen unverbesserliche Spalter eine rückhaltlose Zusammenarbeit von Ost und West immer noch sabotieren wollen.

Nicht "diesmal", sondern i m m e r braucht der Osten den Westen - ebenso, wie der Westen den Osten braucht und nicht "seine Konkurrenz" zu fürchten hat". Die E i n h e i t ist es, die wir alle brauchen!

Sollte den "Ost-West-Strategen" nicht die (auch von der amerikanischen "Neuen Zeitung" unter dem Titel "Gute Aussichten für Ost-West-Handel" veröffentlichte) DPD-Meldung zu denken geben, derzufolge nach einer Erklärung des stellvertretenden amerikanischen Wirtschaftsministers Blaisdell durchaus die Möglichkeit besteht, daß der Handel zwischen Ost- und Westeuropa noch in diesem Jahre wieder den Vorkriegsstand erreicht? In der Meldung wurde weiter betont, daß das Bild des Ost-West-Handels trotz Schwierigkeiten schon jetzt ganz ansprechend sei; Westeuropa wolle 1949 Waren im Werte von 1,7 Milliarden Dollar aus Osteuropa einführen. Gleichzeitig wird gemeldet, daß sich der britische Handelsminister Wilson auf Einladung der Sowjetregierung demnächst zum Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens Englands mit der Sowjetunion nach Moskau begeben würde.

D a s ist die Zukunft: Zusammenarbeit und Frieden! Spalter und Friedensstörer sind im nationalen u n d internationalen Maßstab auf dem Rückzug. Auf uns selbst, auf jeden Deutschen kommt es an, sie auch in unserem Lande zu besiegen.

P.L.

Mecklenburg im Wohnungsbauprogramm 1949

Berlin (PD)

Das Land Mecklenburg hat von allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone den stärksten Bevölkerungszuwachs aufzuweisen. Die Zahl der Einwohner hat sich nahezu verdoppelt. Deshalb ist der Wohnraumbedarf auch sehr stark. Es verlohnt sich daher, das Wohnungsbauprogramm des Volkswirtschaftsplanes für 1949 daraufhin zu betrachten, wie diesem Wohnungsbedarf Rechnung getragen werden wird.

Es lag nahe, das Ausmaß der Wohnraumvermehrung lediglich nach der Zunahme der Bevölkerung zu errechnen. Diese Art der Errechnung wäre aber ziemlich roh und einseitig gewesen. Der Volkswirtschaftsplan bildet mit seinen einzelnen Teilen insgesamt eine Einheit und hat als Ganzes das Ziel der Produktionssteigerung als Mittel zur Verbesserung der materiellen Lage der werktätigen Bevölkerung. Diesem Ziele hat auch das Wohnungsbauprogramm zu dienen. Die Erfahrung lehrt, daß günstige Wohnverhältnisse nicht ohne Einfluß auf die Steigerung der Produktion sind. Bei der Aufstellung des Programmes mußte daher auch

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Kommentare - 6 -

von dem Kräftebedarf der einzelnen Industriezweige ausgegangen werden. Und dabei ergab sich, daß von dem, was im Gesamten zu erstellen möglich war, in Mecklenburg auf den Industriezweig des Maschinenbaues 1.180 und auf die Energie 20 Neubauwohnungen entfallen. Von allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone steht damit Mecklenburg bei den Neubauten nach Sachsen an zweiter Stelle. Auf Mecklenburg entfallen 24 % der in der gesamten Ostzone zu errichtenden Neubauwohnungen.

Aber der Volkswirtschaftsplan sieht nicht nur die Wohnraumvermehrung durch die Erstellung von Neubauten vor. Einen breiten Raum nimmt auch die Instandsetzung des beschädigten unbewohnten Wohnraumes ein. Bei der Verplanung der Instandsetzungen mußte natürlich vorerst von der Anzahl der beschädigten Wohnungen ausgegangen werden. Dabei war jedoch auch soweit als möglich das Interesse des industriellen Aufbaus zu berücksichtigen. Für Mecklenburg ist die Wiederinstandsetzung von 2.000 beschädigten Wohnungen vorgesehen, das sind rd. 13 % der insgesamt in der Zone instandzusetzenden Wohnungen. Mecklenburg steht hier von allen Ländern der Ostzone an vierter Stelle nach Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Die Reihenfolge entspricht auch dem Grad der Beschädigungen.

Insgesamt werden also in Mecklenburg durch Neubau und Instandsetzung 3.200 Wohnungen gewonnen werden, das sind rd. 16 % der gesamten Wohnraumvermehrung der Zone. Mecklenburg steht damit im Gesamtbild an dritter Stelle hinter Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich hier nur um die Wohnungen der in der Industrie Beschäftigten handelt und daß daneben noch das Programm über die Errichtung der Neubauernhöfe in Rechnung gestellt werden muß, wenn man die gesamte Wohnraumvermehrung im Lande beurteilen will.

Eine Betrachtung der Planung im einzelnen ergibt, wie bereits aus dem bisher ausgeführten erkenntlich ist, daß die Wohnraumvermehrung sich auf die Schwerpunkte der Industrie konzentriert. Die Spitze hält die Stadt Wismar. Das ist durchaus verständlich, weil Wismar von allen größeren Städten der Zone die ungünstigsten Wohnverhältnisse hat. Es folgen im größeren Abstand Rostock und Stralsund. Auf diese drei Städte entfallen rd. 60 % des zu gewinnenden Wohnraumes in Mecklenburg.

Die Durchführung des Neubauernbauprogramms im Jahre 1948 hat bereits eine leichte Entspannung der Wohnungslage auf den Dörfern gebracht. Das Programm wird fortgesetzt und wird die Wohnverhältnisse auf dem Lande weiter verbessern. Als Ergänzung dazu wird nun der Anfang zur Verbesserung der Wohnungslage in den Industriestädten gemacht. Die Wohnungserstellung wird also von zwei Seiten angepackt. Der fehlende Wohnraum ist jedoch so beträchtlich, daß noch Jahre darüber vergehen werden, bis jede Familie im Besitze des ersetzten Wohnraumes ist. Bis dahin bleibt es weiter Pflicht der Wohnungämter und der Wohnungsausschüsse, unermüdlich an der gerechten Wohnraumverteilung zu arbeiten. Auf diesem Gebiet bleibt gerade in Mecklenburg noch sehr viel zu tun.

Der Umfang der auszuführenden Bauarbeiten in den Städten Wismar, Rostock und Stralsund erfordert die Heranziehung von Arbeitskräften von auswärts, weil die ortsansässigen Kräfte nicht ausreichen. Es muß daher von den Einwohnern dieser Städte erwartet werden, daß sie trotz der Wohnungsknappheit den auswärtigen Bauarbeitern für eine vorübergehende Zeit bereitwillig Wohnraum zur Verfügung stellen.

Karl Jagodzinski

PresseDienst
(PD)

13. Mai 1949

A r t i k e l d i e n s t
=====

Businessmänner als Gewerkschaftsführer

Der Präsident der American Federation of Labour (AFL), William Green, steht auf dem Standpunkt, die Arbeiterschaft müsse an der Erhaltung der Privatwirtschaft, d.h. der Herrschaft der Monopole interessiert sein. Sie solle immer dafür eintreten, daß die Eigentümer und Leiter der wirtschaftlichen Unternehmen Anspruch auf einen "anständigen und angemessenen" Gewinn für ihre Kapitalanlagen haben. Die reaktionäre AFL-Führung tritt also offenkundig für die Erhaltung des Monopolkapitalismus und der Ausbeutung ein. Daher ist die feindselige Einstellung der AFL-Führung gegen den Weltgewerkschaftsbund, der für die Interessen der Werktätigen und gegen die kapitalistische Ausbeutung ist, nur die Konsequenz der unbedingten Bejahung des Kapitalismus. Entsprechend ihrer kapitalfreundlichen Einstellung tritt die AFL-Führung für die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein und unterstützt solche Unternehmeragenturen, wie die UGO, finanziell und in jeder anderen Weise.

Die AFL ist keine freie Gewerkschaftsbewegung, und ihre oberste Gewerkschaftsführung sind ehrgeizige Diktatoren und skrupellose Geschäftsmacher. Dieser Gewerkschaftsführung sind Demokratie, Selbstbestimmungsrecht und persönliche Freiheit Paraphrasen und Betrugsmanöver, aber keineswegs eine in ihren Reihen geduldete Wirklichkeit. Ein enger Mitarbeiter des Präsidenten der amerikanischen Eisenbahnergewerkschaft, W. Roe, plaudert in seinem Buch über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung einiges über die Praxis der AFL-Führer aus. (Eine ausführliche Besprechung des Buches von W. Roe findet sich in Nr. 17 der Wochenschrift "Neue Zeit". Er trifft die Feststellung, daß die Gewerkschaften, "die Muster der Demokratie sein sollten, oft Diktaturen darstellen, unter denen Gewerkschaftsbarone autokratische Beherrscher der beitragszahlenden Mitglieder sind".) Diese Feststellung gilt auch im weiten Maße für die Gewerkschaftsaristokratie des Kongresses der Industrie-Organisationen (CIO).

In einem Lande, wie den USA, wo das Monopolkapital die unbeschränkte Herrschaft ausübt und die reaktionären Gewerkschaftsführer erklären, die Gewerkschaftsbewegung brauche den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser, da haben sich die Gewerkschaftsbosse längst ausschließlich nach dem Business-Grundsatz orientiert. In der Tat, für die reaktionären Gewerkschaftsführer in den USA ist die Gewerkschaftsbewegung weiter nichts als ein grandioses Geschäft, ein Mittel zur persönlichen Bereicherung, zur Befriedigung des Ehrgeizes. Diese Einstellung läßt sie zu Verteidigern und Verbündeten des Kapitalismus werden und führt zum Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterschaft. Angesichts dieser Tatsache kann von einer konsequenten Interessenvertretung der Arbeiterschaft keine Rede sein. Selbstverständlich ist dieser autokratischen Gewerkschaftsführung nichts unbequemer und unerwünschter als die Grundsätze der gewerkschaftlichen Selbstbestimmung oder gar sozialistische Ideen, die ihre Selbstherrschaft und ihre einträglichen Rieseneinkünfte bedroht. Sie sind grundsätzlich Feinde der Gewerkschafts-Demokratie, und daher hat das einfache Gewerkschaftsmitglied auf die Zusammensetzung des Führerbestandes nicht den geringsten Einfluß.

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

20 bis 30 Jahre und noch länger "herrschen" die Gewerkschaftsführer als die unbeschränkten Diktatoren. 42 Jahre "regierte" Daniel T o b i n , Präsident der Gewerkschaft der Fuhrleute, Chauffeure, Speicher- und Hilfsarbeiter, 40 Jahre John L. L e w i s , Präsident des Bergarbeiterverbandes und 33 Jahre William H u t c h e s o n vom Verband der Zimmerleute und Tischler als ungekrönte Könige ihrer Gewerkschaften über ihre Untertanen. Sie sind in der Anwendung ihrer Mittel nicht wählerisch, um sich ihren Thron zu sichern. Ein raffiniertes Wahlsystem, Fälschungen der Wahlergebnisse schalten unliebsame Störungen seitens der Mitgliedschaft aus und machen jede demokratische Willensäußerung zunichte.

Auf dem Verbandstag der Damenschneider-Gewerkschaft 1944 in Boston hatten 80 Sektionen mit insgesamt 13 000 Mitgliedern ebensoviel Delegierte wie 14 Sektionen mit 125 000 Mitgliedern. Bei der Verbandswahl der gleichen Gewerkschaft im Frühjahr 1947 konnte die 89. Verbands-Sektion die Feststellung machen, daß die Anzahl der abgegebenen Stimmen die der Mitglieder um 1695 überstieg.

Ein anderes Mittel, mit dem sich die Gewerkschaftsführer ihre Herrschaft sichern, ist die Anwendung der Treuhänderschaft und das System des "Provisionalismus", d.h. die Absetzung gewählter Funktionäre und ihre Ersetzung durch "zuverlässige" Elemente. So gibt es Ortsgruppen in den Gewerkschaften, die 20 Jahre und länger unter Treuhänderschaft stehen. Der von der obersten Gewerkschaftsführung eingesetzte Treuhänder hat unbeschränkte Vollmachten. Er entläßt Funktionäre nach Belieben, verfügt über die Finanzen, schließt Verträge, kurzum, die Mitgliedschaft hat das Recht, Beiträge zu zahlen, im übrigen aber den Mund zu halten.

Mitglieder, die es ernst mit den Prinzipien der Gewerkschaftsdemokratie meinen, werden als Spalter und Saboteure, wenn nicht gar als Kommunisten verdächtigt, und so wird jede Kritik und Opposition ausgeschaltet. Die reaktionären Gewerkschaftsführer schrecken nicht davor zurück, mit Hilfe ihres gutbezahlten Anhanges die Satzungen nach Gutdünken zu verändern. Nicht genug damit, versuchen einige dieser Autokraten, die Gewerkschaften in erbliche Domänen zu verwandeln. John L e w i s hält entscheidende Schlüsselpositionen des Bergarbeiterverbandes mit Familienmitgliedern besetzt, und William H u t c h e s o n , Präsident der Zimmerleute-Gewerkschaft, hat bereits bei Lebzeiten seinem Sohn die Erbfolge gesichert und ihn zum stellvertretenden Verbandspräsidenten wählen lassen.

Eine unüberbrückbare Kluft trennt die autokratische Gewerkschaftsführung, die sich mit den großen Geschäftsmännern der Wallstreet verbunden fühlt, von der Mitgliedschaft. Während sich das Durchschnittseinkommen eines amerikanischen Arbeiters im Jahre 1947 auf 2 595 Dollar belief, "verdiente" der Präsident des Musiker-Verbandes jährlich 46 000 Dollar, die Steinträger und Bauarbeiter zahlten ihren Präsidenten einedahresgehalt von 40 000 Dollar und John L e w i s gar macht es im Jahr nicht unter 50 000 Dollar. Selbstverständlich werden die Spesen extra vergütet und außerdem noch kleine Geschenke angenommen. Daniel T o b i n ließ sich von seiner Gewerkschaft im schönen Florida, wo die Gewerkschaftsführer im allgemeinen ihre exklusiven Beratungen abzuhalten pflegen, eine Villa im Werte von 100 000 Dollar schenken.

Es ist begreiflich, daß diese Business-Männer nichts so sehr fürchten, wie eine Entwicklung in den USA, in der die Gewerkschaften zu Schulen des Sozialismus werden.

Ludwig Marmulla

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Trotz Frühjahrs-Saison - keine Verbesserung der Wirtschaftslage in den USA

(PD)

Die reaktionäre amerikanische Tageszeitung "New York Herald Tribune" berichtet in ihrem Wirtschaftsteil am 2. Mai aus Washington u.a.:

"Die erwartete Saison-Verbesserung in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist nicht eingetroffen. Dieses geht aus den neuesten Berichten der Regierung hervor. Diese zeigen ein neues Absinken der Beschäftigung, der Löhne und Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter, der Geschäftskredite und der geschätzten Einkommen der Landbevölkerung. Der Bevollmächtigte des Büros für Arbeitsstatistik, Ewan Clague, erklärte, daß normalerweise die Zahlen um diese Jahreszeit eine ansteigende Kurve zeigen müßten..."

(G.G.)

Trumans Wahlversprechungen erweisen sich als leere Worte

(PD)

Eine der Wahlversprechungen, die Präsident Truman den Werktätigen der USA gegenüber abgegeben hat, war, das arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz abzuschaffen und es durch eine neue, "faire" Arbeitsgesetzgebung zu ersetzen.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat kürzlich das sogenannte Wood-Gesetz, daß an die Stelle des Taft-Hartley-Gesetzes treten soll, mit 217 zu 203 Stimmen angenommen.

Die Annahme dieses Gesetzes, das in der einen oder anderen Form so gut wie alle Klauseln des Taft-Hartley-Gesetzes beibehält, ist wieder einmal ein Beweis dafür, daß der Kongreß der USA von den reaktionärsten Elementen der Demokratischen Partei der Südstaaten einerseits und von den der Republikanischen Partei angehörenden Großkapitalisten der Nordstaaten andererseits beherrscht wird.

Das neue Gesetz sieht u.a. vor, daß der Präsident der Vereinigten Staaten das Recht hat, die Gewerkschaften durch Gerichtsverordnung daran zu verhindern, einen Streik auszurufen, wenn dieser gegen das "nationale Interesse" verstößt! Die Abstimmung im Repräsentantenhaus über diesen Punkt des neuen Gesetzes ergab eine Stimmenmehrheit von 238 zu 132.

Die anderen Klauseln des neuen Arbeitsgesetzes erwecken auch die 5 berüchtigsten Klauseln des Taft-Hartley-Gesetzes zu neuem Leben:

1. eine Garantie für die Arbeiter, daß diese bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitnehmern ihre Meinung "frei zum Ausdruck bringen können";

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

2. eine Bestimmung, wonach die Gewerkschaften verpflichtet sind, der Regierung der USA regelmäßige Berichte über ihre Finanzen und deren Verwendung einzureichen;
3. eine Verfügung, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in "gegenseitigem guten Glauben" zu verhandeln hätten;
4. daß alle Gewerkschaftsfunktionäre der Regierung gegenüber ihre Loyalität zu beschwören und eine Versicherung abzugeben haben, daß sie weder Kommunisten sind noch irgend einer anderen "umstürzlerischen" Organisation angehören;
5. eine Verfügung, wonach eine Kommission zu bilden ist, die die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern prüfen und entsprechende Gesetzesvorschläge machen soll.

Zu diesen Bestimmungen, die nach Zustimmung des Senats Gesetzeskraft haben werden, bedarf es kaum eines Kommentars. Jedem Werktätigen in den USA wird es bald klar sein, daß man hier versucht, die Vertreter seiner Interessen - nämlich die Gewerkschaften - mundtot und rechtlos zu machen und ihn damit der Willkür der Finanzmagnaten und Mammut-Trusts auszuliefern.

(G.G.)

Die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (PZPR) im Aufstieg
(PD)

Im Dezember vorigen Jahres hat sich die Polnische Sozialistische Partei (PPS) mit der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) zu der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) zusammengeschlossen. Der Vereinigungskongreß war der Anlaß zu einer mächtigen Welle erhöhter Produktionsleistung in den Betrieben und auf dem Lande. Die Massen der polnischen Arbeiter feierten die endlich geschaffene Einheit der Arbeiterklasse durch Produktionserfolge, durch gesteigerte Aktivität im Betrieb. Gestärkt und gefestigt nahm die in der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei zusammengefaßte Vorhut der polnischen Arbeiterklasse die Führung des Volksstaates noch fester in die Hand.

Auf der letzten Plenarsitzung des Zentralkomitees der PZPR gab der Präsident der Republik Polen und der erste Vorsitzende der Partei Boleslaw Bierut, eine Übersicht über die Erfolge, die die Partei im Laufe der vier Monate seit der Vereinigung erzielt hat und charakterisierte dabei den Entwicklungsabschnitt nach dem Einheitskongreß folgendermaßen:

"Die Zeitspanne seit dem Vereinigungs-Parteitag im Dezember 1948 war für unsere Partei ein Abschnitt intensiver Arbeit, in dem die Partei ihre einzelnen Organisationseinheiten auf der Grundlage der neuen Statuten festigte. Gleichzeitig hat die PZPR die Führung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Polen ausschlaggebend beeinflußt."

Die Hauptergebnisse dieser Arbeit beruhen darin, daß durch die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung der Partei die Masse der Mitglieder aktiviert, ihre politische Reife gefördert und eine weitere Festigung der Autorität der Partei in den breiten Massen der Parteilosen in Stadt und Land bewirkt wurde. Dadurch ist

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

es der Parteiorganisation möglich geworden, aus den Reihen der Parteilosen neue bewußte Kräfte für den Ausbau in Stadt und Land zu gewinnen. Neue Scharen bisher parteiloser Arbeiter, Klein- und Mittelbauern, Geistesschaffende - die aufgeklärtesten und opferwilligsten Menschen des neuen Polen - finden den Weg zur Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. Nach Abschluß dieser Etappe, in der die Neuregistrierung der Mitglieder und Kandidaten beider Arbeiterparteien vor sich gegangen war, und in der neue Parteibehörden gewählt wurden, kann nunmehr wieder mit der Neuaufnahme von Mitgliedern begonnen werden.

Von denjenigen, die in die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei einzutreten wünschen, werden die Wertvollsten und Fortschrittlichsten aufgenommen, diejenigen Arbeiter und Bauern, die auf ihrem Arbeitsgebiet zu den Aktivisten gehören, die das Vertrauen ihrer Arbeitskollegen genießen und Einfluß in ihren Gemeinden haben. Diejenigen Kulturschaffenden, die ihre ganze Kraft dem Aufbau Volkspolens gewidmet haben.

Die Aufnahme der Kandidaten in die Partei erfolgt entsprechend den Bestimmungen individuell in den Sitzungen der Grundorganisationen der Partei. Die unteren Organisationen und Komitees prüfen auch die Anträge derjenigen, die bereits vor der Vereinigung einer der beiden Parteien beitreten wollten.

Gleichzeitig mit dem Beginn der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei erfolgt im Mai dieses Jahres der Umtausch von Parteiausweisen der PZPR in Polen. Auch zu dieser wichtigen Arbeit hat sich die Parteiorganisation gehörig vorbereitet. Es geht darum, jedes Parteimitglied hinsichtlich seiner Aktivität sowie seiner politischen und moralischen Einstellung zu prüfen, um wirklich diejenigen in der Partei zu belassen, die der führenden Rolle, die die PZPR im Lande spielt, entsprechen. Der Zustrom neuer Mitglieder, die ebenfalls zu den Besten des Landes gehören müssen, wird diese führende Rolle der PZPR in Polen noch mehr festigen und ihr die Kraft geben, die sie braucht, um den Volksstaat auf seinem Weg zum Sozialismus zu leiten.

Ein armenisches Sowjetdorf

(PD)

40 Jahre seines Lebens verbrachte der Armenier Nariman Minasjan in Iran. Im Verlauf der Repatriierung der Armenier in die Heimat kam die Familie Minasjan mit 42 anderen Familien in das Dorf Dargalu. Wo vor einem viertel Jahrhundert gottverlassene Steppe und Morast war, breiten sich heute die Felder und Gärten der Genossenschaft "Pariser Kommune" aus. Im Mittelpunkt steht das Dorf Dargalu. 220 Familien leben in neuen Häusern aus rosa Tuffstein und grauem Basalt, im Schatten hoher Pappeln. Die Hauptstraße, in der das Vorstandshaus, die Läden, die Schule und der dreistöckige Kulturpalast stehen, wird jetzt asphaltiert. Am Dorfrande stehen eine Weinkelterei, Baumwolltrockenanlagen, Werkstätten, Garagen und Wirtschaftsgebäude.

Im Vorjahr bauten die Kollektivbauern einen neuen Bewässerungskanal, Lagerhalle, Autogarage, Imkerei, Wasserleitung und Stromleitung. In diesem Jahr ist der Bau eines Saunabades, einer Radiostation und eines agronomischen Laboratoriums vorgesehen.

1250 Arbeitstage leistete der Kollektivbauer Nariman mit seiner Familie im vorigen Jahr. 4,9 Tonnen Weizen, 3,6 Tonnen Weintrauben, 1,2 Tonnen Korinthen, 1 Tonne anderer Früchte. 2,5 Tonnen Gemüse, 150 kg Honig Butter und Käse, 3,5 Tonnen Brennstoff und außerdem noch 41 000 Rubel erhielt die Familie Minasjan für ihre Arbeit.

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Zur Information
=====

Amerikanische Betrachtungen zur politischen Lage in Japan
(PD)

In ihrer Nummer vom 3. Mai bringt die reaktionäre amerikanische Tageszeitung "New York Herald Tribune" einen Bericht ihres korrespondenten Stewart Alsop aus Tokio, der eines gewissen Interesses nicht entbehrt, und dem wir deshalb einige Einzelheiten entnehmen. Über die Wirtschaftspolitik der von den Amerikanern gestützten Yoshida-Regierung und die Persönlichkeit Yoshidas selbst schreibt der amerikanische Korrespondent:

" ... Immer lächelnd, erklärt Herr Yoshida, daß er überhaupt nicht konservativ, sondern im Gegenteil ausgesprochen liberal sei. Es gibt kaum jemanden in Japan, der mit dieser Ansicht übereinstimmt ... Die Wirtschaftspolitik, die von Herrn Yoshida so eifrig verfolgt wird... würde die Dinge im Namen einer japanischen Version des freien Unternehmertums so ordnen, daß der Industriearbeiter zu einer ewigen Misere verdammt sein würde. Herr Yoshida spricht mit tiefer und aufrichtiger Zuneigung über die Zaibatsu, die ineinander verflochtenen Familien-Trusts, die im Vorkriegs-Japan die stärkste Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellten, die es je in irgendeinem Lande der Welt gegeben hat. Obwohl die Zaibatsu offiziell für tot erklärt worden sind, haben Beobachter doch in diesem "Leichnam" eine erstaunliche Lebenskraft feststellen können. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß wenn die politischen Kräfte, die durch Herrn Yoshida repräsentiert werden, ihren Willen durchsetzen, die Zaibatsu oder ähnliche Institutionen in Kürze zu neuem Leben erwachen. Mit einem Wort, Herr Yoshida stellt die nur wenig verwässerte Version des alten Japan dar.

Auf der anderen Seite ... repräsentiert Sanzo Nozaka das neue Japan. Während seines Aufenthaltes in Japan unterhielt sich der frühere Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Draper, mit einigen politischen Führern Japans. Nach der Zusammenkunft fragte er einen der Anwesenden: 'Der Mann, der mir gegenüber saß, überragte um Haupteslänge die übrigen Politiker - es war das richtige Material, aus dem Premierminister geschnitten sind. Wer war das? -' Es war Herr Nozaka, der machtvollste kommunistische Politiker Japans, und Herr Draper hatte wirklich die Dinge richtig erkannt. Nozaka wird allgemein als der fähigste Politiker Japans angesehen ... In den letzten Wahlen im Januar verdreifachte die Partei Nozakas ihre Stimmen und verachtete ihre Vertretung in der Regierung ... Die kommunistische Partei wird immer mehr zur Partei der Jugend und der intellektuellen und beeinflusst über die Hälfte der Gewerkschaften. Herr Nozaka spricht mit großem Vertrauen über die Zukunft... Von einem derartigen Vertrauen ist bei Fetsu Katayama nichts zu merken, dem früheren Premierminister und Führer der Sozialdemokratischen Partei Japans ... Seine Partei, einst die stärkste im Nachkriegs-Japan, erlitt bei den letzten Wahlen eine katastrophale Niederlage ... Die Zänkereien und Dummheiten der Sozialdemokraten selbst hatten einen entscheidenden Anteil an diesem politischen Verfall..."

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

In ihrer Ausgabe vom 4. Mai bringt dieselbe Zeitung eine Fortsetzung des Berichts ihres Korrespondenten Alsop aus Tokio, worin es weiter heißt:

"... Die Stadt (Tokio) gibt einem das eigenartige Gefühl, zeitlich 5 Jahre und örtlich tausende von Meilen zurückversetzt zu werden. Denn Tokio gleicht noch in auffallender Weise einer großen Stadt während des Krieges - weit hinter der Kampflinie ... Die Armee der USA, in ihrer Kapazität als Etappentruppe, ist überall ... Hier erwachen die Schilder, an die man sich nur dunkel erinnert, zu neuem Leben: 'Off Limits', 'Nur für Offiziere', 'Nur für Militärpersonal'. Hier gibt es auch wieder die so bekannten vorgeprägten Fragebogen, die jeder in dreifacher Ausfertigung ausfüllen muß und die nie wieder von jemandem gesehen werden; hier sind auch die geschneiegelten GI's und die MP's in ihren weißen Helmen, die außerordentlich beschäftigten und gebieterischen Generale, und die Obersten, die nur einen Grad weniger beschäftigt und gebieterisch sind, die geschäftigen Majore, die militärischen Grüße, Jeeps und Stäbe und all die äußeren Anzeichen einer Großstadt, die von Militärs beherrscht wird. Hier ist auch der allzuvertraute Hintergrund der schwerbeschädigten Stadt selbst, mit der grauen, schäbigen Masse ihrer Einwohner, die scheinbar ziellos und unermüdlich ihrer Beschäftigung nachgeht.

Diese sichtbaren Beweise der Beherrschung der Stadt durch die Militärs werden durch die unsichtbaren noch gefestigt. Es gibt hier nämlich auch amerikanische Zivilbeamte und Privatleute - Tausende, angefangen von Jugendlichen bis zu Spezialisten der Fischzucht. Manche von ihnen haben bei der Okkupation einen gewissen Einfluß ausgeübt - aber nur einen sehr zweitrangigen; denn keine Zivilperson (einige, gelegentlich auf Besuch in Japan weilende Feuerwehrleute ausgenommen) hat zur Quelle aller Macht Zutritt - nämlich zu General Douglas MacArthur. MacArthur ist von einer Gruppe von Getreuen aus den Tagen von Bataan umgeben. Der äußerst selten zugelassene Neuling zu diesem Zirkel trägt immer eine Uniform und meistens einen Ring aus Westpoint (die größte amerikanische Militärakademie, Red.). Dieser Zirkel sorgt dafür, daß Zivile auf ihren Platz verwiesen werden. Sogar die Leute aus dem State Department sind in einer machtlosen "diplomatischen Abteilung" zusammengedrängt und unterstehen den direkten Befehlen der Militärs. Telegramme nach Washington können sie nur durch 'Kanäle' der Armee senden, wenn ihr Inhalt der Armee recht ist. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß derartige Nachrichten der Armee nicht recht waren und die Telegramme ihren Aufgabort nie verließen.

Mehr als irgendeine andere Stadt der Welt seit dem Kriege ist Tokio die Stadt der Armee, ja, das Land ein Land der Armee. Hier regiert die USA-Armee allmächtig, ohne Widerstand ...

So sind die Männer in Uniform zu einer besonderen Kaste innerhalb der riesigen amerikanischen Kolonie geworden. Ja, die amerikanische Kolonie selbst ist zu einer besonderen Kaste - der neuen japanischen Herrscherklasse geworden - erhaben, isoliert, allmächtig und ungeheuer reich ... Diese neue Herrscherklasse lebt zwar nach amerikanischem Standard nur das Leben wohlhabender Amerikaner - mit Cocktail-Parties, Autoausflügen, Bällen und üppigen Dinern -, aber der Abgrund zwischen dieser komfortablen Lebensweise und dem verbitterten Kampf ums nackte Leben der japanischen Bevölkerung ist so schreiend, wie die funkelnden Strom-Linien-Autos der Herrscher und die veralteten, mit Holzkohle betriebenen Vehikel, die der geschätzte Besitz der reichsten der Beherrschten sind.

Pressedienst
(PD)

13. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

Es gibt hier aber noch feinere Unterschiede. Die Verordnungen der Militärs, die denen eines Armeelagers in den Südstaaten der USA nachgebildet scheinen, haben unüberbrückbare Abgründe zwischen dem 'einheimischen Personal' und der amerikanischen Herrscherklasse geschaffen. Die Treffpunkte der einen - Hotels, Bars, Kafrees - sind tabu für andere. Sollte eine amerikanische Zivilperson dabei angetroffen werden, nach 11 Uhr abends einen japanischen Freund zu besuchen, so ist er sicher, von einem aufmerksamen MP zum Verhör über sein Verhalten mitgenommen zu werden. Japanische Kabinettsminister holen sich bei untergeordneten amerikanischen Beamten 'Rat', welcher faktisch Gesetzeskraft hat. Das Japan des 20. Jahrhunderts ist dem Britisch-Indien des 19. Jahrhunderts nicht unähnlich ... Die Art und Weise, in der Japan von den USA regiert wird, ist politisch zutiefst ungesund und wird mit jedem Monat ungesünder. Vielleicht kann ein anderer Weg nicht gefunden werden, aber es wäre wert, einen zu suchen."

(G.G.)